

**Die Bürgerschaft (Landtag) hat in ihrer 42. Sitzung am 16. Mai 2013 folgende Beschlüsse gefasst:**

1. Tarifergebnis auch für Beamtinnen und Beamte übernehmen!  
Antrag der Fraktion DIE LINKE  
vom 25. April 2013  
(Neufassung der Drucksache 18/870 vom 18. April 2013)  
(Drucksache 18/875)

Die Bürgerschaft (Landtag) lehnt den Antrag ab.

2. Gesetz zur Anpassung der Besoldungs- und Beamtenversorgungsbezüge 2013/2014 in der Freien Hansestadt Bremen (BremBBVAnpG 2013/2014)  
Mitteilung des Senats vom 14. Mai 2013  
(Drucksache 18/912)  
1. Lesung

Dazu

Mitteilung des Senats vom 15. Mai 2013  
(Drucksache 18/917)

Die Bürgerschaft (Landtag) beschließt das Gesetz in erster Lesung und überweist es zur Beratung und Berichterstattung an den staatlichen Haushalts- und Finanzausschuss.

Die Bürgerschaft (Landtag) nimmt von der Mitteilung des Senats (Drucksache 18/917) Kenntnis.

3. Steuerflucht, Steuerbetrug und Steuerdumping wirksam bekämpfen!  
Antrag der Fraktionen Bündnis 90/Die Grünen und der SPD  
vom 8. Mai 2013  
(Drucksache 18/901)

Dazu

Änderungsantrag der Fraktion DIE LINKE  
vom 15. Mai 2013  
(Drucksache 18/916)

Die Bürgerschaft (Landtag) lehnt den Änderungsantrag ab.

Die Bürgerschaft (Landtag) stimmt dem Antrag wie folgt zu:

Die Bürgerschaft (Landtag) fordert den Senat auf,

- sich auch in Zukunft am Ankauf sogenannter Steuer-CDs zu beteiligen;

- mit dem Abschluss der Reform der bremischen Finanzämter die Betriebsprüfung und die Steuerfahndung weiter zu stärken;

- die länderübergreifende Zusammenarbeit, insbesondere in Sachen Steuerbetrug, zu intensivieren.

Die Bürgerschaft (Landtag) fordert den Senat auf, sich auf Bundes- und europäischer Ebene für folgende Ziele einzusetzen:

- Die Steuerpflicht soll künftig mit der Staatsbürgerschaft verknüpft werden, sodass Wegzugdrohungen Reicher ins Leere laufen.

- Das Kreditwesengesetz soll dahin geändert werden, dass ein schärferes Vorgehen gegen Banken im Fall der systematisch betriebenen Beihilfe zur Steuerhinterziehung oder der Verweigerung der Kooperation mit Steuerbehörden möglich wird; von spürbaren Strafzahlungen über die Abberufung von Geschäftsführungen bis hin zum Lizenzentzug.

- Die „Schwarze Liste“ von Steueroasen, die sich der Kooperation nach den Vorgaben der OECD verweigern, muss endlich aktualisiert werden und diejenigen Staaten enthalten, die sich dem automatischen Informationsaustausch widersetzen. Alle Doppelbesteuerungsabkommen zwischen Deutschland und anderen Staaten müssen nach dem Vorhaben des OECD-Musterabkommens hinsichtlich des automatischen Datenaustauschs ergänzt werden.

- In der Zinsbesteuerungsrichtlinie der Europäischen Union muss der automatische Informationsaustausch zügig auf alle Kapitaleinkünfte und auf alle natürlichen und juristischen Personen ausgedehnt werden. Darauf basierend müssen Abkommen mit Drittländern wie der Schweiz abgeschlossen werden.

- Die Bundesrepublik Deutschland sollte analog die Regelungen der FATCA-Gesetzgebung der USA übernehmen, sodass alle in Deutschland tätigen Finanzinstitute verpflichtet werden, ihnen bekannte Aktivitäten außerhalb Deutschlands, Tochtergesellschaften, Eigentumsverhältnisse in Firmen und Stiftungen, die sich auf bundesdeutsche Steuerpflichtige beziehen, automatisch und unter Strafandrohung bei fehlender Mitwirkung an die jeweilige Steuerbehörde zu übermitteln. Dabei ist von Anfang an eine gemeinsame europäische Regelung anzustreben.

- Die Bundesrepublik Deutschland darf ihrerseits nicht Steueroase für ausländische Kapitalanleger bleiben. Vor allem bei der Besteuerung von Kapitalerträgen sind deshalb die Regelungen für Steuerausländer, die Steuerhinterziehung und Geldwäsche begünstigen können, zu überarbeiten.

- In der Europäischen Union muss langfristig eine Harmonisierung der Unternehmenssteuer mit Mindestsätzen eingeführt werden, damit Steuerdumping von Staaten und Steuer-„Gestaltung“ der Unternehmen erschwert werden. Vordringlich ist die Festlegung gemeinsamer steuerlicher Bemessungsgrundlagen für die Körperschaftsteuer.

- Die länderbezogene Berichterstattung von Unternehmen über ihre Gewinne und Steuern pro Mitgliedstaat, in dem sie tätig sind, muss durch EU-Gesetzgebung auf alle international agierenden Unternehmen ausgeweitet werden, um der Steuervermeidung den Boden zu entziehen.

4. Steuerhinterziehung konsequent bekämpfen - Steueransprüche konsequent durchsetzen  
Antrag der Fraktion der CDU  
vom 15. Mai 2013  
(Drucksache 18/914)

Die Bürgerschaft (Landtag) lehnt den Antrag ab.

5. Einstellungsquote von schwerbehinderten Menschen im öffentlichen Dienst erhöhen  
Antrag der Fraktion der CDU  
vom 16. April 2013  
(Drucksache 18/854)

Die Bürgerschaft (Landtag) überweist den Antrag zur Beratung und Berichterstattung an den staatlichen Haushalts- und Finanzausschuss.

6. Mehrsprachige und kultursensible psychotherapeutische Behandlung ermöglichen  
Antrag der Fraktionen der SPD und Bündnis 90/Die Grünen  
vom 16. April 2013  
(Drucksache 18/865)

Die Bürgerschaft (Landtag) fordert den Senat auf,

a) sich auf Bundesebene dafür einzusetzen,

1. bei der Zulassung von Psychiaterinnen, Psychiatern, Psychotherapeutinnen und Psychotherapeuten mit Migrationshintergrund das Kriterium der Sprachen- und Kulturkompetenz, insbesondere für den psychotherapeutischen Bereich, zu berücksichtigen und die sozialrechtlichen Voraussetzungen dafür zu schaffen.
2. die Gleichwertigkeitsprüfungen zur Anerkennung von im Ausland erworbenen Abschlüssen sowie den Zugang zur Kassenzulassung zu erleichtern. Dabei soll „Sprach- und Kulturkompetenz“ als besondere Fähigkeit Berücksichtigung finden.
3. im Rahmen der Kostenerstattung die Übernahme von Dolmetscherkosten zu übernehmen, solange der Bedarf an mehrsprachigen Psychotherapeutinnen und Psychotherapeuten noch nicht ausreichend gedeckt ist.

b) sich im Land Bremen dafür einzusetzen, dass die Kassenärztliche Vereinigung die Zulassung mehrsprachiger psychiatrischer und psychotherapeutischer Fachärztinnen, Fachärzte, Psychologinnen und Psychologen im Rahmen der „regionalen Sonderbedarfsförderung“ erleichtert.

c) der Bürgerschaft (Landtag) bis Herbst 2013 über den Stand dieser Maßnahmen zu berichten.

7. Fit für die Vergabe  
Antrag der Fraktionen Bündnis 90/Die Grünen und der SPD  
vom 16. April 2013  
(Drucksache 18/868)

1. Die Bürgerschaft (Landtag) bittet den Senat zu prüfen, in welcher Weise kleine und mittelständische Bau- und Handwerksbetriebe im Land Bremen und der Region in der sogenannten elektronischen Vergabe geschult und unterstützt werden können.
2. Die Bürgerschaft (Landtag) bittet den Senat zu prüfen, unter welchen Umständen Ortstermine bei der Vergabe sinnvoll und rechtlich möglich sind und der Bürgerschaft (Landtag) über Kriterien und mögliche Abläufe von Ortsterminen zu berichten.

8. Bienenfreundliches Bremen  
Antrag der Fraktionen Bündnis 90/Die Grünen und der SPD  
vom 17. April 2013  
(Drucksache 18/869)

Die Bürgerschaft (Landtag) fordert den Senat auf

1. sich auf Bundesebene einzusetzen für
  - a) eine deutliche Reduzierung des Einsatzes von Pflanzenschutzmitteln,
  - b) einen Widerruf der Zulassung aller Neonicotinoide und Glyphosat,
  - c) die konkrete Umsetzung des „Nationalen Aktionsplans zur nachhaltigen Anwendung von Pflanzenschutzmitteln“ von 2008,
  - d) die Untersuchung der Auswirkungen von Pestiziden und des Bt-Giftes von Gentech-Pflanzen auf die Gesundheit von Bienen im Rahmen des Bienenmonitorings,
  - e) eine gesetzliche Vergabe für eine bessere Fruchtfolge,
  - f) die Umsetzung der von der EU-Kommission vorgeschlagenen Ökologisierung der Landwirtschaft, das sogenannte Greening und
  - g) die Unterstützung von Initiativen gegen die Massentierhaltung und eine deutliche Reduzierung des Maisanbaus und anderer Monokulturen.
2. grundsätzlich öffentliche Flächen und Parks in Bremen artenreich mit bienenfreundlichen, heimische Pflanzen zu gestalten, die Pflegemaßnahmen an den Artenschutz anzupassen und die Initiative „Bremen blüht auf“ aktiv zu unterstützen.
3. in einen offenen Dialog mit Fachwissenschaftlern und Fachwissenschaftlerinnen und Umweltschutzorganisationen Bepflanzungsvorschläge für öffentliche Grünanlagen und weitere Schutzmaßnahmen für Wildbienen zu erarbeiten, damit der Rückgang der Artenvielfalt gestoppt werden kann.
4. sich dafür einzusetzen, die extensive Landwirtschaft in Bremen zu erhalten.

5. Imkerei und Wildbienen mit Maßnahmen wie dem Aufstellen von Bienenstöcken, auch auf öffentlichen Flächen und auf geplante Gewerbeflächen in Bremen, zu unterstützen.

6. im Rahmen von Umweltbildungsprojekten sowie bei geförderten gewerblichen Ansiedlungen und Baumaßnahmen die Aufklärung über die Relevanz der Bienen als Nutztiere und über bienen- und insektenfreundliche Bepflanzung verstärkt zu integrieren.

9. Einwanderung von Neu-EU-Bürgerinnen und -Bürgern  
Antrag der Fraktionen der SPD und Bündnis 90/Die Grünen  
vom 18. April 2013  
(Drucksache 18/871)

Dazu

Änderungsantrag der Fraktion DIE LINKE  
vom 14. Mai 2013  
(Drucksache 18/905)

Die Bürgerschaft (Landtag) lehnt den Änderungsantrag ab.

Die Bürgerschaft (Landtag) stimmt dem Antrag wie folgt zu:

Die Bürgerschaft (Landtag) fordert den Senat auf,

1. zu dem Thema „Einwanderung und Integration von Neu-EU-Bürgerinnen und Neu-EU-Bürgern“ eine interdisziplinäre Arbeitsgruppe auf Staatsräteebene mit Vertreterinnen und Vertretern des Sozial-, Bildungs-, Arbeits-, Wirtschafts-, Gesundheits-, Bau-, Finanz- und des Innenressorts, der Staatsrätin für Bundes- und Europaangelegenheiten und Integration sowie Vertreterinnen bzw. Vertretern des Magistrats der Stadt Bremerhaven einzurichten, die Lösungen für auftretende Probleme erarbeitet und die bisherigen Arbeiten der Ressorts bündeln und vernetzen soll und die insbesondere Lösungen entwickelt, um

- gegen Mietausbeuterinnen und Mietausbeuter, die ihre Wohnungen und Wohnanlagen ohne Einhaltung von Mindestmietrechtsstandards an zugezogene Neu-EU-Bürgerinnen und Neu-EU-Bürger vermieten, mit öffentlich-rechtlichen Handlungsmöglichkeiten vorzugehen und Problemen in Bezug auf die Entsorgung von Abfällen entgegenzutreten.

- gegen ausbeuterische Unternehmerinnen und Unternehmer, die EU-Bürgerinnen und EU-Bürger aus Rumänien oder Bulgarien als „Scheinselbstständige“ und weit unter Tarif beschäftigen, konsequent vorzugehen.

- Bremer und Bremerhavener Schulen, die eine hohe Neuanmeldequote von Kindern ohne Deutschkenntnisse aus EU-Mitgliedstaaten zu verzeichnen haben, zu unterstützen und Handlungsleitlinien für die Fälle, in denen die Schulpflicht nicht eingehalten wird, zu entwickeln.

- eine angemessene Gesundheitsversorgung und Infektionsschutz für Erwachsene, aber insbesondere auch für Minderjährige aus Rumänien oder Bulgarien ohne hinreichenden Krankenversicherungsschutz, zu gewährleisten.

2. die Zusammenarbeit der unterschiedlichen Akteurinnen und Akteure in den Stadtteilen weiterzuentwickeln und zu unterstützen sowie in Bremen durch Bündelung von Ressourcen eine einheitliche Ansprech- und Beratungsstelle für Bremer Neubürgerinnen und Neubürger aus Rumänien und Bulgarien einzurichten bzw. in Bremerhaven weiterzuentwickeln.

3. im Hinblick auf das Eintreten der vollen Freizügigkeitsrechte für EU-Bürgerinnen und EU-Bürger aus Rumänien und Bulgarien im Jahr 2014 ein Integrationskonzept, insbesondere im Hinblick auf die Durchsetzung von Arbeitnehmerrechten und Bildungsteilhabe, zu entwickeln.

4. sich auf Bundes- und europäischer Ebene dafür einzusetzen, dass die Freizügigkeitsrechte von EU-Bürgerinnen und EU-Bürgern nicht eingeschränkt werden, und dass Lösungen entwickelt werden, damit der Zugang zu unserem Gesundheitssystem für alle EU-Bürgerinnen und EU-Bürger, die in Deutschland leben, sichergestellt wird und damit die Kinder Zugang zum Bildungs- und Teilhabepaket bekommen.

5. sich auf Bundes- und EU-Ebene dafür einzusetzen, dass die EU ihre Strategien verstärkt, um Diskriminierung und Armut vor allem von Roma-Familien in Rumänien und Bulgarien abzubauen, und dass dafür gesorgt wird, dass diese Länder die hierfür zur Verfügung stehenden Finanzmittel abrufen, sowie

6. sich auf Bundesebene dafür einzusetzen, dass sozialrechtliche Fragen in Bezug auf die verstärkte Einwanderung von EU-Bürgerinnen und EU-Bürgern nach Deutschland geklärt werden und die Kommunen mit den finanziellen Folgen steigender Einwanderung von EU-Bürgerinnen und EU-Bürgern nicht allein gelassen werden.

10. Bundespolitische Entscheidungen zugunsten von Mietern und Mieterinnen umsetzen!  
Mitteilung des Senats vom 30. April 2013  
(Drucksache 18/886)

Die Bürgerschaft (Landtag) nimmt von der Mitteilung des Senats Kenntnis.

11. Folgende Tagesordnungspunkte werden ausgesetzt:

1. Frauenausschluss bei Veranstaltungen nicht öffentlich unterstützen!  
Antrag der Fraktion DIE LINKE  
vom 26. April 2013  
(Drucksache 18/876)

2. Bremer Traditionsveranstaltungen nicht mehr ohne Frauen!  
Antrag (Entschließung) der Fraktionen der SPD und Bündnis 90/Die Grünen

vom 14. Mai 2013  
(Drucksache 18/910)

3. Bremisches Gesetz über die generalistisch ausgerichtete Gesundheits- und Krankenpflegehilfe  
Mitteilung des Senats vom 30. April 2013  
(Drucksache 18/884)  
1. Lesung
4. Bericht der Freien Hansestadt Bremen zur Umsetzung des Sanierungsprogramms 2012/2016  
Mitteilung des Senats vom 30. April 2013  
(Drucksache 18/885)
5. Gesetz zur Änderung des Bremischen Datenschutzgesetzes  
Mitteilung des Senats vom 12. Februar 2013  
(Drucksache 18/763)  
2. Lesung
6. Bericht und Antrag des Ausschusses für Wissenschaft, Medien, Datenschutz und Informationsfreiheit zum Gesetz zur Änderung des Bremischen Datenschutzgesetzes vom 12. Februar 2013 (Drs. 18/763)  
vom 30. April 2013  
(Drucksache 18/888)
7. Mitteilung des Senats über die vom Senat beschlossene Mitantragstellung zur Bundesratsinitiative „Entschließung des Bundesrates zur Neuordnung der Wasser- und Schifffahrtsverwaltung des Bundes“ - Antrag des Landes Schleswig-Holstein  
Mitteilung des Senats vom 23. April 2013  
(Drucksache 18/874)